



┌ Städte- und Gemeindebund Brandenburg, Stephensonstr. 4, 14482 Potsdam

Per E-Mail/E-Fax

- a) Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister
Bürgermeisterinnen und Bürgermeister
Amtsdirektorinnen und Amtsdirektoren
der Mitglieder im Städte- und Gemeindebund Brandenburg
b) Mitglieder des Planungs- und Bauausschusses

└

└

Der Geschäftsführer

Stephensonstraße 4
14482 Potsdam

Telefon: 03 31 / 7 43 51-0

Telefax: 03 31 / 7 43 51-33

eMail: mail@stgb-brandenburg.de

Internet: <http://www.stgb-brandenburg.de>

Datum: 2005-10-06

Aktenzeichen: 602-02 Demografie

Auskunft erteilt: Jens Graf

Anpassungs- und Entwicklungsstrategien zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund des demografischen Wandels Neue Dokumentation veröffentlicht

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus gegebenem Anlass möchten wir auf die jetzt veröffentlichte Broschüre „Öffentliche Daseinsvorsorge und demographischer Wandel“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen sowie des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung aufmerksam machen:

Darin werden vor dem Hintergrund des demografischen Wandels die bisher vorliegenden Ergebnisse von Modellvorhaben zur Erprobung von Anpassungs- und Entwicklungsstrategien zur Sicherung und Weiterentwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge einer breiteren Öffentlichkeit in zusammengefasster Form zugänglich gemacht.

Die Bundesregierung hat die Entwicklung von Anpassungskonzepten in ihrem Aktionsprogramm „Modellvorhaben der Raumordnung“ unterstützt. In neun Modellregionen wurden Konzepte für neue, zum Teil kleinere, aber hochwertigere, an die Bevölkerungsentwicklung angepasste Infrastrukturangebote entwickelt. Die Broschüre fasst die Ergebnisse der Modellregionen zusammen. Sie soll Anregung zur Nachahmung geben und zeigen, wie die Regionen beim Umbau der Infrastruktur unterstützt werden können.

Die Verfasser kommen zu dem Ergebnis, dass es nicht „einen“ Weg zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge gibt. Vielmehr müssten die Regionen eigene Wege finden. Wichtigste Voraussetzung sei ein Umdenkungsprozess. Der Einstieg in die Entwicklung nachhaltiger Anpassungsstrategien sei am ehesten dadurch zu vermitteln, dass Problemfelder behandelt werden. Bislang liege in den Regionen der Schwerpunkt auf den drängendsten Handlungsfeldern sozialer Infrastruktur (insbesondere Schulen und medizinische Versorgung) und der technischen Infrastruktur (insbesondere ÖPNV).

Hinsichtlich der Frage nach Dezentralisierung oder Zentralisierung von Infrastrukturangeboten müssten die Regionen zwischen den fachlichen Implikationen der Mobilität und Distanzempfindlichkeit betroffener Gruppen abwägen. Grundtendenz der räumlichen Organisation der öffentlichen Daseinsvorsorge sei zwar eine stärkere Bündelung. Teile der neuen Angebotsformen beinhalteten eine Zentralisierung, die durch fachliche Abstimmung (z. B. der Berufsfelder bei der Berufsschulplanung) ein qualitativ hochwertiges Angebot gewährleiste oder Ressourcen durch Synergieeffekte erschließe. Dem gegenüber ermöglichten andere Angebotsformen durch neue fachliche Konzepte (z. B. kleine Schulen) oder Ressourcenzusammenlegungen in kleineren Einrichtungen z. B. in Dorfzentren, die im Vergleich zur bisherigen Versorgung dezentraler verteilt sein könnten.

Wegen der stark rückläufigen Bevölkerung laufen die Ansätze tatsächlich auf eine Vermeidung der sonst erforderlichen Zentralisierung bzw. den Erhalt eines Angebots vor Ort hinaus. Landstädte oder Gemeinden mit einem bedeutenden Siedlungskern gewinnen als Auffangebene für das Infrastrukturangebot im ländlichen Raum an Bedeutung.

Auch durch Kooperationen könnten neue Infrastrukturangebote ermöglicht werden. Die Autoren kommen zu dem Zwischenergebnis, nachhaltige Anpassungsstrategien könnten nur auf Basis regionaler Kooperationen entwickelt werden. Neben interkommunalen Kooperationen komme dabei den institutionellen Kooperationen eine immer größere Bedeutung zu.

Die weitere fachliche Diskussion sei eine wichtige Aufgabe der Regionalplanung. Die Ansätze zur Weiterentwicklung der Pläne zeigten neue Formen der räumlichen Organisation auf - und zwar in zwei Richtungen: in Richtung einer weiteren Zentralisierung überörtlicher Funktionen und in Richtung einer Aufrechterhaltung dezentraler, eher wohnortnaher Funktionen in teilweiser neuer Form, die über ein räumliches Gesamtsystem zu integrieren seien.

Schließlich formulieren die Autoren zehn Anforderungen an eine erfolgreiche Strategieentwicklung, die nachfolgend wiedergegeben sind:

- 1. Die Region ist die zentrale Ebene für die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge unter den Bedingungen des demographischen Wandels.*
- 2. Regionale Strategien zur Anpassung der Infrastruktur an veränderte Bevölkerungsstrukturen müssen von den Bewohnern der Region mitgetragen werden.*
- 3. Der Umdenkungsprozess auf reale Entwicklungsperspektiven muss schrittweise und mit zunehmender Verbindlichkeit und fachlicher Integration erfolgen.*
- 4. Anpassungsstrategien für die Infrastruktur erfordern gleichzeitig die Überprüfung und ggf. Anpassung vorhandener regionaler Entwicklungsziele.*
- 5. Regionale Anpassungsstrategien der Infrastrukturentwicklung sind informelle Pläne und bedürfen der Umsetzung in Regionalpläne neuen Typs.*
- 6. Zentrale Orte sind geeignete Instrumente zur Sicherung einer angemessenen Infrastrukturversorgung, wenn damit nicht feste Ausstattungskataloge, sondern strukturadäquate Versorgungsangebote verbunden werden.*
- 7. Die Aufrechterhaltung einer differenzierten zentralörtlichen Gliederung in den ländlichen/peripheren Regionen muss überprüft werden.*
- 8. Anpassungsprozesse dürfen sich nicht auf eine Reduzierung des Angebots beschränken, sondern müssen neue Angebotsformen und effizientere Organisationsstrukturen hervorbringen.*

9. Regionale Anpassungsstrategien können nur als kooperative Planungen entwickelt werden, wobei die regionalen Akteure zur Umsetzung innovativer infrastruktureller Versorgungsansätze lokale oder sektorale Egoismen überwinden müssen.
10. Die Erarbeitung konsensfähiger regionaler Anpassungsstrategien muss in einem strukturierten und differenzierten Kommunikations- und Dialogprozess moderiert werden (Lenkung durch Moderation).

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die auf den Internetseiten des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung unter folgender Adresse aufrufbar Broschüre verwiesen:
http://www.bbr.bund.de/veroeffentlichungen/download/oeff_daseinsvorsorge.pdf

Mit freundlichen Grüßen



Böttcher